

*Michael Jäger*  
*Sozialliberaler Korporatismus:*  
*die Zukunft des 'Modell Deutschland'*

*1. Problemstellung*

Die bisherige Diskussion über das 'Modell Deutschland' bewegt sich m.E. in einer falschen Alternative. Es wird entweder als Bezeichnung einer in der Vergangenheit konzipierten Strategie aufgefaßt, die gerade gegenwärtig zu scheitern anfängt (Position er SOST: das 'Modell Deutschland' wird letztlich auf die Reformillusionen der Regierung Brandt / Scheel zurückgeführt, deren Zurücknahme durch die Regierung Schmidt / Genscher wird rein negativ bestimmt als »Pragmatismus«), oder als Bezeichnung einer Gegenwart, die in die Zukunft hinein verlängert wird (Position von Esser / Fach / Simonis: 'Modell Deutschland' meint einen selektiven Korporatismus, *der schon verwirklicht ist*, so daß sich für die Zukunft nur die Frage stellt, ob und wie er an Grenzen stößt). Meine These ist demgegenüber, daß der politisch relevante Aspekt am 'Modell Deutschland' gerade seine Zukunft ist: was wir gegenwärtig erleben, ist *Vorbereitung eines Modells*, Übergangszeit von einem verbrauchten Modell zu einem neuartigen, dessen Konturen sich jedoch schon abzeichnen. Das wirft einige methodologische Probleme auf, die jedoch lösbar sind. Wenn die These zutrifft, kann es nicht darum gehen, nach einem fertigen ökonomisch-politischen Funktionsmechanismus zu suchen, der in allen Einzelheiten beschreibbar und theoretisch als Regelsystem mit eindeutigen Zuordnungen reproduzierbar wäre. »Sich abzeichnende Konturen« weisen eine andere Struktur auf. Man kann sie (in Anlehnung an Konzepte Foucaults, vgl. 1977, S. 113ff) theoretisch als *strategische Situation* abbilden, in der die auf das neuartige Modell zielende *Strategie* bereits wirksam, jedoch an ihrem Ziel noch nicht angelangt ist. Dieses Ziel läßt sich in Umrissen voraussagen (auf Basis der marxistischen Politischen Ökonomie): wenn man davon ausgeht, daß das neuartige Modell ein Modell der ökonomischen und politischen Krisenlösung ist, dann liegt die Vermutung nahe, daß es Modellen zumindestens in Grundzügen ähneln muß, die sich in vergleichbaren Krisen (d.h. in den Weltmarktkrisen der 1870er und 1930er Jahre) herausbildeten; und über die Grundzüge hinaus wird man Modifikationen vergangener Modelle infolge der Akkumulationsgeschichte des Kapitals voraussagen können. Weiterhin läßt sich die gegenwärtige strategische Situation definieren als Gesamtheit aller ökonomischen, politischen, ideologischen Elemente, die der Strategie genügend »nahe« sind, um von ihr instrumentalisiert werden oder um ihr effektiven Widerstand leisten zu können; Elemente, die in diesem Kontext zu Stützpunkten oder Widerstandspunkten der Strategie werden und die teils objektiver, teils subjektiver Natur sind (d.h. einerseits schon vorhandene institutionelle Mechanismen, andererseits politische Zielsetzungen, die dem strategischen Ziel oder einem Teilaspekt dieses Ziels angenähert sind). – Wir werden, wenn wir eine derartige Logik unterstellen, kein in sich geschlossenes Modell Deutschland suchen, sondern eine nur durch das vorausgesagte Ziel geeinte Menge von »Stützpunkten«, die zur Zeit weit voneinander »entfernt« sein, die sich sogar vorläufig widersprechen, die sich bloß in Teilbereichen schon

jetzt aneinanderlagern mögen, die aber angesichts des ökonomischen und politischen Problemdrucks und in Abhängigkeit von der Stärke des Widerstands eine Tendenz haben, sich immer mehr miteinander zu verketteten und dem strategischen Ziel ähnlicher zu werden.

Als Versuch einer Voraussage dieses Ziels kann man m.E. das *Konzept des selektiven Korporatismus* von Esser / Fach / Simonis akzeptieren; der Vergleich der Weltmarktkrisen und Nachvollzug akkumulationsgeschichtlicher Modifikationen, wie oben gefordert, führt zur Untermauerung dieses Konzepts (vgl. Jäger 1980a, S. 112ff). Es weist jedoch auch einige wichtige Lücken auf. Ich versuche im folgenden, sie sichtbar zu machen und damit auch vor Fehleinschätzungen der gegenwärtigen strategischen Situation zu warnen.

»Selektiver Korporatismus« ist bei Esser / Fach / Simonis ökonomisch, »sozial« und politisch-institutionell definiert: (a) ökonomisch als »*offensive Anpassung*« des westdeutschen Kapitals an veränderte Weltmarktbedingungen, die in der Krise durch staatliche »*Modernisierungsstrategie*« (Hauff / Scharpf 1976) beschleunigt wird; (b) »sozial« durch die ökonomische und politische *Integration* der Arbeiterklasse in diese Strategie, obwohl sie deren Kosten zu tragen hat, und (c) institutionell durch eine *Gesellschaftsspaltung*, die »Leistungsträger und Kostgänger« der Modernisierung, funktionsfähigen »Kern« und defekten »Rand« der Gesellschaft voneinander trennt – und die zwischen »Kern« und »Rand« eine »Grauzone« schafft: die Spaltung wird erst dadurch für die Herrschaftssicherung effektiv, daß sie durch die Individuen selbst hindurchgeht – ; dabei wird der »Kern« durch tripartitische Strukturen (Bewältigung der Folgen der »Modernisierung« im Aushandeln von Kompromissen zwischen Staat, Kapitalverbänden und Gewerkschaftsführung) organisiert und der »Rand« »via Diskriminierung und Repression« in Schach gehalten. – In dieser Definition fehlt, wie zu zeigen sein wird, neben einer Beachtung der *strategischen Situation* vor allem die *Parteidimension*, für die der Hinweis auf die »sozialen« Strukturmerkmale kein zureichender Ersatz ist; sie ist im Hinblick auf die *institutionelle Seite* unterentwickelt; und es gibt bereits auf der *ökonomischen Analyseebene* eine fragwürdige Weichenstellung, die die anderen Lücken mitbedingt. Diese Weichenstellung ergibt sich unmittelbar aus der Vermischung von Gegenwart und Zukunft des 'Modell Deutschland'.

## 2. Die Zukunft des 'Modell Deutschland' (Ergänzungen zu Esser/Fach/Simonis)

### 2.1. Zur ökonomischen Basis des 'selektiven Korporatismus'

Esser/Fach/Simonis erwarten infolge der Voraussagen von *Pestel u.a.* (1978) und *Prognos* ein erhebliches Ansteigen der Unterbeschäftigung in den 80er Jahren. Sie urteilen darin nicht anders als Minister Hauff, der sich sogar ebenfalls auf jüngst noch einmal aktualisierte Prognos-Voraussagen stützt: »Der auch in der Wirtschaft respektierte Sozialdemokrat hat in Bonn einige vom Baseler Prognos-Institut erarbeitete 'Szenarios' vorgelegt«, berichtet die FR am 14.8.80, »die dringenden staatlichen Handlungsbedarf signalisieren und trotzdem für das Jahr 1985 auch im günstigsten Fall noch mit einer Arbeitslosenzahl in Millionenhöhe rechnen«. Der kleine Unterschied zwischen Hauff und den Autoren liegt aber darin, daß diese die erwartete Entwicklung für eine einfache quantitative Verschärfung des gegenwärtigen Arbeitslosenproblems halten und daher auch auf dem Gebiet der Herrschaftsmethoden nur eine verstärkte Weiterverwendung der jetzt schon vorhandenen

Mittel zur 'Diskriminierung und Repression' erwarten – während Hauff offenbar Neuartiges für erforderlich hält. Schon in Hauff/Scharpf 1976 wurde der institutionalisierte 'öffentliche Dialog' als konstitutive Bedingung der Durchführbarkeit der Modernisierungsstrategie bezeichnet (S. 126ff); auch der erwähnte FR-Artikel versucht, nunmehr für eine breitere Leserschaft, Umwälzungsbereitschaft zu wecken: »was not tut, ist eine große konzertierte Aktion – und heute schon Problembewußtsein.

Solche politischen Eingaben wären unverständlich, wenn der selektive Korporatismus seine institutionelle Entwicklung im Umriss schon abgeschlossen hätte. Daß gerade hier eine Schwachstelle der Analyse der Autoren liegt, wird umso deutlicher, wenn man sich erinnert, daß nach ihrer Auffassung die Organisation des korporativen Gesellschaftskerns durch tripartistische Strukturen *auf Branchenebene* sich vollziehen soll: und sie haben in ihrer Analyse der Bewältigung der Stahlkrise im Saarland gezeigt, daß solche Strukturen in der Tat schon heute existieren. Nur haben sie ebenso gezeigt, wie sehr die von ihnen beschriebenen Aushandlungsprozesse zwischen Arbeit, Kapital und Staat von weitgehender Verborgenheit vor den Massen, ja von begleitender 'Konfliktretorik' lebte. Um *dieses* System aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, wäre von seiten des Staats und seiner Medien nicht öffentlich Problembewußtsein für die Klassenkollaboration zu wecken, sondern Stillschweigen zu bewahren. In Wahrheit scheint aber etwas vorbereitet zu werden, wozu der Staat reden muß.

Die Reduktion der Korporatismus-Analyse auf Branchenebene – vgl. auch *Wassenberg* (1978a und b) und *Kastendieck* (1980) – wird allein ökonomisch begründet, ist aber schon so nicht plausibel. Es ist zwar richtig, daß die Modernisierungsstrategie auf den Umbau *bestimmter* Kapitalbereiche zielt und sich von daher das Konsensproblem in verschiedenen Branchen verschieden scharf stellt. Gleichzeitig hat die Sachlogik der Strategie aber auch allgemeine ökonomische Lasten auf der 'Makroebene' der Gesellschaft zur Folge, und gerade diese schlagen als erste ins politische Bewußtsein durch und machen institutionelle Kontrollmaßnahmen erforderlich. So summieren sich die Kosten des Umstellungsprozesses der Branchen zu einer gesamtnationalen Arbeitslosenzahl, die durch die meinungsbildenden Medien ständig benannt und dadurch zum politischen Gegenstand gemacht wird – die dem Arbeiter der einzelnen Branche erst zeigt, daß er kein untypisches Sonderschicksal erleidet. Hinzu kommen die Faktoren, die von vornherein Rahmenbedingungen für die Branchen betreffen, also vor allem die Frage der kapitalistischen Lösung des Energieproblems und die Notwendigkeit einer allgemeinen Austeritätspolitik zur Sicherung der Exportchancen aller Kapitale, die überhaupt exportieren, sei ihre technische Basis erneuerungsbedürftig oder nicht. Auch die hieraus entstehenden Lasten sind unmittelbar im politischen Bewußtsein präsent. Ihnen begegnet der Staat derzeit noch erfolgreich mit reinen Propagandafeldzügen, vor allem mit dem internationalen Vergleich. Aber dieser dürfte in den nächsten Jahren aufhören, trostreich zu sein. Dann wird ein neues Modell Deutschland fällig.

Esser/Fach/Simonis haben für ihre institutionellen Schlußfolgerungen nicht genügend berücksichtigt, daß die ökonomische Basis des selektiven Korporatismus zwar schon heute *analysiert* werden kann, daß sie aber noch nicht voll in *Existenz* getreten ist.

## 2.2. Parteidimension: 'selektiver' oder 'sozialliberaler' Korporatismus?

### Die 'soziale' Basis des Modell Deutschland

Die Autoren haben die ökonomische und politische Integration der Arbeiterklasse in die Modernisierungsstrategie als deren Erfolgsbedingung genannt. In der Tat wird der Erfolg von Strategien, die offen gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind, mit dem Verlauf der Akkumulationsgeschichte des Kapitals immer unwahrscheinlicher, schon aus dem einfachen Grund, daß die Massenbasis von Mittelklassen, die gegen die Arbeiterklasse mobilisiert werden könnten, immer mehr abnimmt (vgl. Jäger 1980a, S. 116f). Im Vergleich zu früheren Weltmarktkrisen dürfte im kapitalistischen Deutschland heute zum ersten Mal eine Lage entstanden sein, in der kapitalistische Krisenlösung nur dann gelingen, ja auch nur in Angriff genommen werden kann, wenn sie sich auf das Bündnis von Arbeiterklasse und Großbourgeoisie stützt (vgl. auch *Salvati/Brosio* 1980, S.125). – Aber damit ist keine bloß 'soziale', sondern eine *auf Parteebene zu lokalisierende Existenzbedingung* der Krisenlösung genannt. Dies teils nicht zu sehen, teils nicht zuendezudenken, scheint mir der entscheidende Fehler in der Analyse von Esser/Fach/Simonis zu sein, obwohl sie in ihrer allgemeinen Angabe von Strukturmerkmalen des Modell Deutschland noch von ökonomischer *und politischer* Integration der Arbeiterklasse sowie von 'massenintegrativen Apparaten' sprechen, worunter ja *Hirsch* (1976) nicht zuletzt Parteien verstanden hatte – die Autoren wenden den Begriff allerdings von vornherein nur auf die Gewerkschaften an –, wird in ihrer Schlußbemerkung über Entwicklungsperspektiven gerade der politische Aspekt zu einer merkwürdig unwesentlichen Dimension. Keines der staatstragenden Lager könne auf das Modell Deutschland verzichten wollen:

»Gleichgültig, ob sozial-liberal, oder konservativ-autoritär, politische Differenzen resultieren ... nicht aus grundsätzlichen Alternativen, sondern verdanken sich strategischen Erwägungen begrenzter Reichweite: pariert die eigene Klientel nicht, empfehlen sich sorgsamere Behandlung, mehr Entgegenkommen und größere Langmut. Doch sind die Toleranzgrenzen der Öffnungsbereitschaft sehr eng gezogen, weil anders der harte Kern abzubrückeln droht...« (1980, S. 61)

Die politische Integration der Arbeiterklasse als Ziel einer Erwägung 'begrenzter Reichweite', das suggeriert einen erwägenden Staat, dessen Macht sich allein aus den funktionalen Notwendigkeiten der Bewegung des Kapitals ergibt, von den unterworfenen Klassen jedoch unabhängig ist – diese werden als Objekt behandelt, und die Macht kann es sich sogar leisten, ihnen die Toleranz aufzukündigen. In letzter Instanz stützt sie sich nicht auf integrierte Klassen, sondern auf den 'harten Kern' der Leistungsträger der Modernisierung, aber diesen bringt sie, wie die Autoren vorher gezeigt haben, durch ihre institutionellen Maßnahmen selbst erst hervor; d.h. sie ist fähig, die objektiv notwendigen Ziele des Kapitals zu verkörpern *und* deren Durchsetzungsbedingungen nach Maßgabe der Ziele einzurichten. Eine solche Betrachtungsweise scheint mir teleologisch. Solange man nicht Zielsetzungen und institutionelle Maßnahmen des Staates in seiner Klassenbasis begründet, muß ihre Existenz schlicht rätselhaft bleiben. Aber es handelt sich nicht nur darum, etwas an sich Richtiges auch richtig zu begründen. Daraus, daß die unterworfenen Klassen dem Staat in der Analyse äußerlich bleiben, resultiert auch die Annahme der 'Gleichgültigkeit' des Lagers, welches im Staat die Politik führt: der Staat richtet sich nach den objektiven Bedürfnissen des Kapitals *und deshalb* 'kann' auch eine konservativ-autoritäre Regierung die Aufkündigung eines Modells, das jenen Bedürfnissen adäquat ist,

'nicht wollen'. Diese Konstellation ist mehr als rätselhaft, sie ist irreal.

Die Tatsachen sprechen für die Annahme, daß eine konservative Regierung, das hieße in unserem Land eine christdemokratische Regierung unter Führung der Strauß-Fraktion, das Modell der Modernisierung und der flankierenden Arbeiterintegration sehr wohl aufkündigen würde. Für eine derartige Aufkündigung gibt es nicht nur bereits ein Vorbild – den Thatcherism –, sondern auch genügend Hinweise in der innenpolitischen Auseinandersetzung der BRD, die nur deshalb übersehen werden können, weil die Macht des sozialliberalen Blocks eine allzu offene Artikulation der Aufkündigungsabsicht unmöglich macht. Wenn Hauff/Scharpf die Modernisierungsstrategie gegen eine Strategie der Erhaltung abgesetzt haben, dann ist das keine pauschalisierende rhetorische Floskel, wie *Narr/Offe* meinen (1976, S. 12), sondern ein realistischer Vergleich der Ziele der beiden Bürgerblöcke. Die Politiker des christdemokratischen Blocks behaupten zwar stets, sie hätten sich ebenfalls das Ziel der Modernisierung gesetzt, aber es genügt, Ziele und Mittel ihrer Politik zu vergleichen, um den mangelnden Ernst solcher Behauptungen zu erkennen. Zuletzt wieder konnte man das in der Wahldiskussion über Staatsverschuldung sehen. Während die CDU/CSU sich alle Mühe gab, jede weitere Ausdehnung der Staatsschulden durch Erweckung von Katastrophenangst prinzipiell zu verhindern, begann Hauff bereits mit der Propagierung des Zusammenhangs von Modernisierung und neuen kostspieligen Staatsaktivitäten (vgl. etwa SPIEGEL 33/80, S. 17f). Auch die klassenpolitische Seite des Modell Deutschland wird von den Christdemokraten immer wieder angegriffen, so wenn Rainer Barzel auf dem Zukunftskongreß der CSU eine Politik der »Subventionen nur mit Auflagen und unter Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen« als »sozialistische Träume« bezeichnet; oder wenn Geißler die Orientierung staatlicher Politik an der »Leitlinie des Konflikts Arbeit/Kapital« kritisiert: sie könne wegen der Organisation beider Seiten in »starken Verbänden« dazu führen, daß »sich beide Kontrahenten durch 'unheilige Allianzen' Einkommensvorteile vermittels erhöhter Inflationsgrade zu Lasten Dritter verschaffen« (1979, S. 182). Hier wird sogar die Klassenbasis des Protests gegen das Modell der Arbeiterintegration angedeutet: die traditionellen Mittelschichten, die den ökonomischen, politischen und wahlstatistischen Kern des christdemokratischen Blocks bilden, können es nicht widerstandslos hinnehmen, weil es auf ihre Kosten geht.

Es zeigt sich also, daß die christdemokratischen Staatsmänner ihrer 'Klientel' (einer Millionenschar, die hier in Begriffen altrömischer Hauswirtschaft abgebildet wird) nicht bloß zum Schein entgegenkommen, sondern deren politische Intentionen durchaus getreu umsetzen, wenn auch gebrochen durch bestehende Machtverhältnisse und eingeschränkt in den Erfolgchancen durch die Unwiderstehlichkeit ökonomischer Gesetze. Da aber diese Intentionen auf Beseitigung des Modells der Arbeiterintegration zielen, wird umso deutlicher, daß die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieses Modells ebensowenig aus Entgegenkommen, Toleranz und Langmut des Staates erklärt werden kann, sondern nur aus einer aktiven Option der Arbeiterklasse selbst.

Zwischen christdemokratischer und sozialliberaler Politik besteht also sehr wohl eine grundsätzliche Alternative, die Staat und Gesellschaft, Politiker und Klassen gleichermaßen betrifft und jeweils in zwei Lager teilt. Diese Konstellation wird bei Esser/Fach/Simonis nivelliert, indem sie einerseits den Gegensatz der bürgerlichen Blöcke auf ihre Gemeinsamkeit als 'staatstragendes' Lager reduzieren und andererseits die Notwendigkeit der Arbeiterintegration zu einer Frage 'sozialer' Strukturmerkmale eines vorgegebenen Modells staatlicher Politik machen, wobei sie noch zudem die 'soziale' Existenz der alten Mittel-

schichten unerörtert lassen. Man erkennt den allgemeinen konzeptionellen Charakter dieser theoretischen Weichenstellung: nicht Politiken, Parteien, Parteiblöcke werden gegenübergestellt, sondern *Staat und Gesellschaft*. Mit einer solchen Konzeption, so verbreitet sie nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der marxistischen Wissenschaft ist, sollte man endlich brechen, dann werden auch Argumentationsschwächen wie die oben skizzierten verschwinden. Dabei geht es nicht darum, jene marxistischen Staatstheorien rückgängig zu machen, die die kapitalistische Formbestimmtheit des gegenwärtigen Staates und seine notwendige Besonderung gegenüber der Gesellschaft erwiesen haben. Es geht vielmehr darum, sich von bürgerlichen Theorien über das Verhältnis von Staat, Gesellschaft *und Parteien* zu emanzipieren.

### *Exkurs zur Parteitheorie*

Die bürgerliche Systemtheorie und ihre bisherigen marxistischen Kritiker stellen sich unter einer Partei so etwas wie einen Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft vor, der gesellschaftliche Anforderungen in modifizierter Gestalt »nach oben« und staatliche Politik zwecks Konsensbeschaffung »nach unten« weiterleitet. In dieser Konzeption gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Existenz der Parteien und der marxistischen Behauptung, daß alle bisherige Geschichte – und das müßte u.a. auch heißen: politische Geschichte Westeuropas – eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Marxisten haben bisher meistens versucht, den Zusammenhang von Klassenfrage und Politik gewissermaßen »oberhalb« und »unterhalb« der Parteien zu lokalisieren: in Struktur und Funktion des Staates einerseits, in außerstaatlichen Bewegungen (z.B. tariflichen Klassenkämpfen), die die Staatsagenten verarbeiten müssen, andererseits. Diese Sichtweise wirft jedoch eine Fülle von theoretischen und praktischen Problemen auf. Beispielsweise wird sie von der Kritik an der Festungskonzeption des Staates mitbetroffen (Poulantzas 1979, S.140): wenn der Staat keine »Festung« ist, kann es auch nicht sinnvoll sein, die Klassen eher »außerhalb« als »innerhalb« des Staates zu wähen. Außerdem wird die Frage nicht beantwortet, welches Subjekt die staatlichen Strukturen und Funktionen realisiert, ja mehr noch; dadurch daß dieser Staat »oberhalb« der Parteien lokalisiert ist, werden falsche oder zumindest für die politische Praxis irrelevante Antworten nahegelegt. Willfried Spohn kritisierte in einer Nachbetrachtung zur ersten Sozialistischen Konferenz, daß christdemokratische und sozialliberale Strategie »in einen Topf geworfen wurden ... und damit dem abstrakten Gegensatz 'herrschender Block' vs. sozialistische Alternative Vorschub geleistet wurde« (1980, S.6 ). Dieser Umstand ist m.E. *auch* Folge der skizzierten Sichtweise (vgl. auch *Lohmann* 1980, S.151f).

Derartige Probleme rechtfertigen den Versuch, die Klassenfrage einmal in den theoretischen Kontext der Parteienfrage zu stellen. Nun würde es nichts nützen, Parteien schlicht als Klassenparteien aufzufassen (Klassenreduktionismus), aber die Frage, ob und wie (in welcher evtl. verschobenen Form) die Klassen sich im Parteiensystem artikulieren, d.h. inwiefern die Parteien ein »weiter entwickeltes Verhältnis« der Klassenstruktur sind, so wie im Marxschen »Kapital« der Preis ein weiter entwickeltes Verhältnis des Werts ist, könnte sehr wohl weiterführen. Zur Beantwortung der Frage können wir uns auf eine Reihe theoretischer Elemente in Gramscis Gefängnisheften stützen, Elemente, die bei Gramsci unzusammenhängend sind: 1. Parteien dürften nicht auf Parteiapparate reduziert werden; die Geschichte einer Partei sei in letzter Instanz die Geschichte einer Klasse (Gramsci 1967, S. 302 f). 2. Die Bourgeoisie bilde keine eigene Partei, sondern herrsche dadurch, daß sie vor-

handene Parteien gegeneinander ausspiele (1967, S. 307 und 1955, S. 16 ff). 3. Manche Parteien repräsentierten eine Klasse dadurch, daß sie deren Entwicklung von der Entwicklung verbündeter oder gegnerischer Klassen abhängig machten (1967, S. 300). 4. Die systemoppositionelle Arbeiterpartei wird als Keim eines neuen Staates aufgefaßt. 5. Das herrschende System wird, in Abgrenzung von ökonomistischer Sichtweise, als *historischer Block* aufgefaßt; das ist ein Begriff, der es erlaubt, den »konkreten (geschichtlichen) Wert der Überbauten« zu denken (1967, S. 281), indem er die ökonomische Basis der Herrschaft nicht als empirisch abgesonderten Bereich, der bereits alles »Wesentliche« umfaßt, sondern als »Anatomie« im Überbau, innerhalb der Herrschaft, zu betrachten vorschlägt (vgl. ebd.). Als Überbau gelten hierbei Staat und Gesellschaft gleichermaßen (S. 310).

Fügen wir diese Elemente zu einer Theorie zusammen: Der »historische Block« stellt sich als Einheit von Basis und Überbau und damit auch von Staat und Gesellschaft dar, aber soweit dieses Konzept dazu benutzt werden soll, bürgerliche politische Herrschaft zu denken, stellt es sich als eine Einheit dar, *die von oben bis unten gespalten ist*, denn über die subjektive Seite derselben Herrschaft ist ausgesagt worden, sie basiere darauf, daß die Bourgeoisie Parteien (offenbar der unterworfenen Klassen) gegeneinander ausspiele, ohne selbst eine zu bilden. Aber dann ist es sinnlos, von *einem* herrschenden Block zu reden; diese Einheit existiert »nur« für die rein ökonomische Analyse, d.h. solange, wie »herrschender Block« bloß Synonym für den »Staat« der Staatsableitungsdebatte ist. Sobald eine Analyse die spezifisch politischen Mechanismen erfassen will, wird die Einheit des herrschenden Blocks zur dünnen, gehaltenen Abstraktion. Wenn wir jedoch unterstellen, daß die politische Herrschaft des Kapitals sich im permanenten Kampf zweier Parteiblöcke realisiert, einem Kampf, dessen allgemeinste Grundlage in dem relativen Interessengegensatz von nichtrevolutionärer Arbeiterklasse und traditionellen Mittelschichten besteht (vgl. oben Element 3.), dann wird z.B. die politische Geschichte Westeuropas schon sehr viel verständlicher, als wenn man einfach die Systemtheorie mit marxistischen Vorzeichen versteht. Diese Theorie können wir jetzt *in die Parteitheorie integrieren*: wenn für den »historischen Block« gilt, daß er Einheit von Basis und Überbau, von Staat und Gesellschaft ist, dann gilt dasselbe auch für den gespaltenen historischen Block, auch für den einzelnen Parteiblock: er ist weder ein bloßes Element des Staates (ein »verstaatlichter« Parteiapparat) noch Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft, sondern er ist die Weise, in der sich ein bestimmtes Klassenbündnis politisch artikuliert, und er ist dadurch der Boden, auf dem der Staat, die Gesellschaft und ihre Trennung, d.h. auf dem eine *bestimmte Staat-Gesellschaft-Relation* überhaupt erst entsteht. – Die Frage, wie derartige Parteiblöcke entstehen und wie Klassenexistenz und parteipolitische Artikulation im einzelnen vermittelt sind, führt zu einer Ausweitung des theoretischen Kontextes und muß hier offengelassen werden (vgl. Jäger 1980b).

Für die Korporatismus-Debatte halten wir fest: Parteien sind nicht »zwischen« Staat und Gesellschaft, sondern Staat und Gesellschaft sind »in« den Parteien. Wenn das aber so ist, dann wird das Abstrahieren vom Unterschied der christdemokratischen und sozialliberalen Parteistrategie bezüglich des Korporatismus zum folgenschweren Fehler.

### *Selektiver oder sozialliberaler Korporatismus?*

Es gibt weder empirische Hinweise noch überzeugende theoretische Gründe, die dafür sprechen, daß der christdemokratische Block – dessen ökonomischer und ideologischer Kern durch traditionelle Mittelschichten gebildet wird – eine korporatistische Politik

betreibt<sup>1</sup>, sehr wohl aber Hinweise darauf, daß er dieser Politik Widerstand (von rechts) leistet (s.o.). Dieser Widerstand erfolgt auf gesellschaftlicher *und* auf staatlicher Ebene. Daraus allein folgt schon, daß die korporative Strategie nicht Strategie *des* Staates sein kann. Soweit sie sich über subjektive Zielsetzungen entwickelt, muß man deren Träger auf der Ebene der Parteien suchen.

Dann aber ist es unvermeidlich, den Begriff »selektiver Korporatismus« zu kritisieren. Statt der Parteidimension thematisiert er den Staat als unterstelltes Subjekt der korporatistischen Strategie und seine institutionellen Maßnahmen. Er führt dadurch, wie man leicht zeigen kann, zu einer verzerrten Optik der strategischen Situation. Das Selektionskriterium, d.h. das Kriterium der Unterscheidung von »Kern«, »Rand« und »Grauzone«, zwingt dazu, drei radikal verschiedene Bereiche des Widerstands gegen die korporative Strategie unter der Kategorie des »Rands« gleichzubewerten: atomisierte, politisch nicht artikulationsfähige Individuen, die diskriminiert und gegebenenfalls repressiv befriedet werden; traditionelle Mittelschichten, die sich im christdemokratischen Block artikulieren; und Individuen, die ihre Ausgrenzung außerhalb der vom Staat bereitgehaltenen Kanäle politisch in organisierten Widerstand umsetzen. Institutionelle, klassenpolitische und politisch-konzeptionelle Gesichtspunkte werden also in einer Weise vermischt, die einer Effektivierung des Widerstands wahrscheinlich nicht gerade dienlich ist. Die Zusammenfassung der Bereiche trifft zwar einen realen Sachverhalt, nämlich die Zersplitterung des Widerstands, die selbst noch die Macht der Strategie beweist, gegen die sie sich richtet. Aber wenn man sie nicht gleichwohl deutlich unterscheidet, arbeitet man nur dem christdemokratischen Block in die Hände, der jene Vermischung ja bereits zum antikorporativen Diskurs ausgebildet hat: in der »neuen sozialen Frage«, die das Schicksal der nicht artikulationsfähigen Individuen mit dem Schicksal der alten Mittelschichten gleichsetzt, und im Populismus der Strauß-Fraktion, die diesen Bund durch anarchistische Klänge noch zu erweitern versucht. Antikorporativer Widerstand von links, der sich zugleich gegen jede Form kapitalistischer Krisenlösung wendet, muß sich sicherlich einer ganz anderen politischen Sprache bedienen und deshalb auch andere, differenziertere wissenschaftliche Begriffe bilden. Zentral ist die Notwendigkeit, »Kern« und »Rand« nach Parteien zu differenzieren. Ein Teil des »Rands«, sogar ein sehr großer, ist innerhalb der sozialliberalen Partei situiert; sollte das keine Bedeutung für die Erfolgchancen des korporatistischen Systems haben? Das ist kaum anzunehmen, denn jeder, der zwar aus dem Funktionsmechanismus der Modernisierung herausfällt, aber in der sozialliberalen Parteiform verbleibt, braucht und wird sich nicht ohne zusätzliche Problemverschärfung als ganz und gar marginalisiert empfinden, solange es die andere Partei in Opposition zu halten gilt, auch mit seiner Hilfe. Dies eröffnet der sozialliberalen Partei einige Integrationsmöglichkeiten, die Esser/Fach/Simonis nicht beachten. Der »Rand«, den die Modernisierungsstrategie schafft, kann also im »Kern« des Parteiensystems, d.h. in der politischen Basis einer Regierung aufgehoben sein. Und zwar dann, wenn es sich um die Regierung der sozialliberalen Partei handelt, die das Bündnis von Arbeiterklasse und Großbourgeoisie artikuliert. Diese beiden Feststellungen legen es nahe, nicht von selektivem (schon gar nicht von »staatlichem«, »gesellschaftlichem« oder »liberalem«), sondern von sozialliberalem Korporatismus zu sprechen.



### 2.3. Zur »institutionellen Methode« des sozialliberalen Korporatismus

Esser/Fach/Simonis geben eine Fülle von Hinweisen auf die Wirkungsweise der Organisation von Integration, von Ein- und Ausgrenzung, durch den sozialliberalen Korporatismus, und eröffnen damit der marxistischen Analyse einen Weg zum Verständnis relativer bürgerlicher Herrschaftsstabilität in der Krise. Diesen Weg kann und muß man noch erheblich weitergehen. Ich lasse im folgenden den vielfältigen *empirischen* Teil der Darstellung der Autoren außer Acht und beschränke mich auf die *strukturelle Seite*. Dann schält sich heraus, daß sie ein institutionelles System des sozialliberalen Korporatismus mit drei Bestimmungen zeichnen: Unterscheidung von »Kern«, »Rand« und »Grauzone«; Organisation des »Kerns« durch den Branchen-Tripartismus; Kontrolle des »Rands« durch Diskriminierung und Repression.

Die Bestimmungen folgen dem, was *Kastendieck* als Hauptaufgabe der Korporativismus-Analyse bezeichnet hat: sie bilden ein »Netzwerk korporativer Strukturen innerhalb der bestehenden Politikorganisation« ab, so daß die Frage beantwortbar wird, wie solche Strukturen

»miteinander zusammenhängen, wie sie sich wechselseitig ergänzen und gegenseitig absichern«, und »ob sich *daraus* eine gesellschaftlich-politische Formierung ergibt, die über die 'normalen' Integrationsmuster der kapitalistischen Gesellschaft hinausgeht« (1980, S. 96).

Eine Weiterentwicklung dieses fruchtbaren Ansatzes könnte unter drei Aspekten in Angriff genommen werden. Erstens gibt es zweifellos weit mehr korporative Strukturen als die von den Autoren benannten. Z.B. ist »Diskriminierung und Repression« der Marginalisierten eine noch zu einfache Unterscheidung für eine operable Gliederung des empirischen Materials. Wo der Staat zur Diskriminierung greift, muß Widerspruch bereits manifest geworden sein. Aber der Staat setzt schon vorher ein Arsenal von Techniken ein, um solche Manifestation gar nicht aufkommen zu lassen (Techniken der »Kontrolle« von Situationen, vgl. Poulantzas 1978, S. 172). Außerdem drückt der Begriff Diskriminierung nicht den allgemeinen Charakter in den Techniken zur Niederhaltung manifesten Widerspruchs aus. Diese müssen immer darauf zielen, Widerstand in der Form einheitlichen, bewußten, zielgerichteten Handelns, d.h. in der Form der Subjektivität zu verhindern: sie zielen immer auf Zersetzung. Hiervon ist Diskriminierung nur ein Beispiel unter vielen. Zersetzung fängt schon da an, wo Individuen, die noch gar nicht an den »Rand« gedrängt sind, in sich zerspalten werden, indem z.B. ihre Protestsprache durch ideologische Diskurse aufgesogen und enteignet wird, während Diskriminierung bereits den Mißerfolg dieser Technik voraussetzt und eine Spaltung ist, die zwischen widerständige und nicht widerständige Individuen fällt. Diese Unterscheidung verschiedener Strukturen der Befriedung bleibt immer noch sehr abstrakt, zeigt aber die Richtung an, in der theoretische Innovationen erforderlich wären. (Vgl. Jäger 1980a, S. 128 ff) Zweitens müßte die Frage des »Zusammenhangs« und der »gegenseitigen Absicherung« der Strukturen präziser beantwortet werden, und zwar auch auf methodologischer Ebene. Ein Weg, das Bild vom »Netzwerk« zu operationalisieren, liegt m.E. in seiner Zuspitzung zum Konzept des *Netzplans*, d.h. der *Methode*. Das wäre eine Auffassung der korporativen Strukturen als (natürlich subjektloser) Regeln, die je nach Allgemeingrad untereinander subsumiert sind, die jeweils wirksam werden, wenn die übergeordnete Regel einen Gegenstand der Regelanwendung noch übriggelassen hat, also nach dem Subsidiaritätsprinzip; eine solche Auffassung könnte auf Er-

kenntnisse vorhandener Strukturwissenschaften bezugnehmen.

Diskriminierung und Repression sind selbst schon ein Beispiel für zwei korporative (Grob-) Strukturen, deren zweite in vielen Fällen, die von der ersten geschaffen wurden, gar nicht mehr wirksam zu werden braucht. Die anderen genannten Kategorien veranschaulichen den »methodischen« Charakter der Machtstrukturen noch deutlicher: wo Situationen potentiellen Widerstands nicht mehr total kontrollierbar sind, kann der manifest werdende Widerstand immer noch zersetzt werden; usw. Die bisherigen Beispiele sind allerdings nicht spezifisch für den korporativen Typ der Herrschaftsausübung, deshalb sei noch ein spezifisches Beispiel benannt. In Österreich, dessen politisches System seit über zwei Jahrzehnten sozialliberal-korporatistisch überformt ist, existieren als zwei typische korporative Strukturen die Teilnahme der Führung einer hochgradig »zentralisierten« Gewerkschaft an einem korporativen gesamtnationalen Entscheidungs-dreieck, wo sie infolge des Zusammenspiels einer Reihe von Feinstrukturen (Entscheidungsprinzip, zur Entscheidung zugelassene Gegenstände, Sprache der Entscheidungsvorbereitung usw.; vgl. Jüger 1980, S. 122 ff) adäquate klassenpolitische Bedingungen für die Bewegung des Kapitals schaffen, einerseits und Unterordnung der »sozialistischen« Regierungspartei unter diese Führung (durch Feinstrukturen wie Personalunion, finanzielle Macht, asymmetrische Abgrenzung der Einflußbereiche u.a.) andererseits. Nimmt man nun zunächst nur die zweite dieser Strukturen und betrachtet sie isoliert, dann kann man ihren korporativen Charakter gar nicht erkennen, sie scheint im Gegenteil eine Struktur sozialistischer Arbeitermacht zu sein, »funktionelle Demokratie« im Sinne *Otto Bauers*:

»Da der Staat (nach der Revolution von 1918 in Österreich, MJ) kein Gewaltmittel mehr besaß, die Arbeiter niederzuhalten, mußte er alle wichtigen Regierungsakte mit den Arbeiterorganisationen vereinbaren... Das war die Regierungsmethode der funktionellen Demokratie... Die funktionelle Demokratie war die spezifische Form der Machtausübung der Arbeiterklasse.« (1970, S. 94)

Dieser Schein wird von der korporatistischen Propaganda im heutigen Österreich auch weidlich ausgenutzt (vgl. *Nenning* 1979, S. 455). Aber die heutige Regierungspartei ist eben nicht von einer Gewerkschaft 'an sich' abhängig, sondern von einer im korporatistischen Dreieck agierenden Gewerkschaft: der korporatistische Stellenwert der Abhängigkeitsstruktur ergibt sich erst aus ihrer Placierung im Netzplan der korporativen Methode.

Der Ansatz von Esser/Fach/Simonis muß noch in einer dritten Richtung ausgeweitet werden. Es handelt sich um einen Ansatz, der damit beginnt, eine Methode von Herrschaftsausübung zu bestimmen, *ohne bislang über die innere Struktur des staatlichen Machtzentrums zu reden*. Die Wurzel dieser Vernachlässigung ist klar: die spezifisch korporativen Entscheidungsstrukturen werden, wie oben schon diskutiert, lediglich auf Branchenebene gesucht; auf gesamtnationaler Ebene scheinen sie sich nicht zu verändern. *Kastendieck* bestärkt die Orientierung der Autoren: es sei zu bedauern, daß

»sich die meisten Konzepte auf Institutionen und Prozesse auf der Leitungsebene (konzentrieren), in der Annahme, daß Mobilisierung und soziale Kontrolle 'von oben' erfolgen, sei es in der staatlich-politischen Disziplinierung 'der Massen' oder in der Disziplinierung über die gesellschaftlichen und politischen Organisationen. In beiden Richtungen erscheint Disziplinierung als Absicherung kooperativer Beziehungen auf den 'Kommandohöhen' von Staat und Gesellschaft. Für die Korrektur dieser Auffassungen ist die Unterscheidung Arthur Wassenbergs hilfreich (1978a und b), der auf die verschiedenen Ebenen industrieller Beziehungen hinweist ... Es sei gerade die in der bisherigen Diskus-

sion vernachlässigte Meso-Ebene (der Branchen und Regionen, MJ), auf der korporative Entwicklungen wirksam seien (vgl. dazu Esser/Fach!).« (1980, S. 95)

Dies kann als Beschreibung der momentanen strategischen Situation richtig sein, aber ein Blick auf die voll entwickelten korporativen Systeme der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit (etwa Österreich, Schweden, Niederlande) zeigt, daß auch die 'Kommandohöhen' einen spezifisch korporativen Charakter haben können, den sie im heutigen Westdeutschland trotz Konzertierter Aktion *noch nicht* aufweisen. Wenn unsere Vermutung zutrifft, daß das eigentliche 'Modell Deutschland für Zeiten der Weltmarktkrise' gerade erst vorbereitet wird, dann weist sie zweifellos auf die Notwendigkeit hin, die Makro-Ebene nicht weniger als die Meso-Ebene zu beachten. Dabei geht es gar nicht darum, den Standpunkt einzunehmen, Mobilisierung und Kontrolle erfolge nur von oben; im Gegenteil: überall wo es gelingt, einen Tripartismus auf gesamtnationaler Ebene mit Vorstellungen von proletarischer Gegenmacht zu assoziieren, wird er gerade ein *von unten kommendes Bedürfnis* zum Schein befriedigen und sich gerade deshalb als Flankenschutz kapitalistischer Krisenlösung eignen. In Schweden hat das jahrzehntelang wegen der Pionierrolle der Arbeiterpartei in Entwurf und Durchführung der Politik des deficit spending funktioniert (vgl. Steiger 1971), in Österreich funktioniert es noch heute vor dem Hintergrund einer klug verwalteten Hinterlassenschaft Otto Bauers und des Austromarxismus (s.o.), in Westdeutschland könnte es morgen ebensosehr funktionieren: sind etwa die herrschenden Vorstellungen über Mitbestimmung und innergewerkschaftliche Demokratie im DGB, in allen seinen Gliederungen, vor jeder korporativen Versuchung gefeit? (vgl. Jäger 1980a, S. 134 f.) Diese Vorstellungen weisen im übrigen darauf hin, daß es für eine westdeutsche korporative Strategie naheliegt, sich zum Zwecke einer Integration der Gewerkschaften in das 'Exportmodell' der Modernisierungsstrategie *auch auf der 'Makro-Ebene'* – wenn dies, wie ich annehme, im Laufe des nächsten Jahrzehnts erforderlich werden wird – zu orientieren an Systemen, wie sie etwa in Österreich schon ausgebildet sind. Redet doch z.B. Heinz Oskar Vetter von »positiven Erfahrungen mit Wirtschafts- und Sozialräten in anderen europäischen Ländern« (1979, S. 211); womit er nur die Paritätische Kommission in Österreich und vergleichbare gesamtnationale tripartistische Gremien meinen kann. Für die Analyse bedeutet das, daß wir uns ebenfalls derartige Systeme zum Vorbild, d.h. zum Gegenstand nehmen müssen, um die Umrisse des zukünftigen Modells Deutschland zu erkennen.

Eine Darstellung des sozialliberal-korporativen 'Netzwerks', d.h. seiner institutionellen Methode, muß die Darstellung der einschlägigen Struktur des staatlichen Machtzentrums einschließen, ja sogar mit ihr beginnen. Auf dieser Ebene kann der sozialliberale Korporatismus jedenfalls bereits spezifisch *definiert* werden; wobei die Definition nicht rein institutionell gehalten sein darf, sondern die obigen Überlegungen zur ökonomischen und zur Parteidimension aufnehmen und weiterführen muß: wenn wir unter *Korporatismus im allgemeinen* ein politisches System verstehen, welches kapitalistische Produktionsverhältnisse unter Krisenbedingungen reproduziert durch Verstaatlichung aller Arbeiterorganisationen mit dem Ziel einer politischen Neutralisierung der Arbeiterklasse, dann ist *sozialliberaler Korporatismus* das einzige System dieser Art, welches diese Verstaatlichung *nicht als Alternative, sondern als funktionelle Ergänzung zum Parlamentarismus* installiert, zu installieren gezwungen ist. Das folgt aus dem Umstand, daß es einerseits Politik eines Bündnisses von Arbeiterklasse und Großbourgeoisie ist, andererseits die Funktion zu erfüllen hat, eine ökonomische Spaltung der Arbeiterklasse in begünstigte und benachteiligte Arbeiterfraktionen politisch aufzufangen. Die Existenz der beiden Arbeiterfraktionen macht eine *Dif-*

ferenzierung der politischen Artikulationsmöglichkeiten innerhalb der sozialliberalen Politikform wünschenswert.

Differenzierung der Strukturen, durch die in einem korporatistischen System Befriedung erreicht wird; Analyse auch der spezifisch korporatistischen Strukturen im staatlichen Machtzentrum; und Nachvollzug der Einheit aller Strukturen als Netzplan, als institutionelle Methode: das wäre zugleich ein Weg, der in einer materialistischen Theorie der 'Verfassungswirklichkeit' mündet, einer Theorie, die nichts mit einer Aufzählung empirischer Abweichungen von der Norm der geschriebenen Verfassung zu tun hätte, die aber ebenso wenig politische und staatliche Machtmechanismen auf industrielle Beziehungen oder gar den 'Überbau' auf die 'Basis' reduzieren müßte.

### *Anmerkung*

- 1 Hübner/Moraal (1980) versuchen solche Gründe zwar anzuführen, verwickeln sich aber m.E. in einen Widerspruch, der daraus entspringt, daß sie den Gegensatz von christdemokratischer und sozialliberaler Strategie als Gegensatz einer 'staatlichen' und einer 'gesellschaftlichen' Politikvariante zu begreifen versuchen. Sie machen also einen ähnlichen Fehler wie Esser/Fach/Simonis. Bei ihnen ist aber sogar ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Systemtheorie gegeben, denn sie entnehmen ihre begriffliche Alternative direkt der Schmitterschen Korporatismustheorie, die zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Korporatismus unterscheidet. Unter korporativer Strategie verstehen sie grundsätzlich eine »Verstärkung/Herstellung klassenharmonischer/koperativer Strukturen«. Nun sei der »gesellschaftliche Korporatismus« der Sozialliberalen um »freiwillige Einbindung der Gewerkschaften« bemüht, während der »staatliche Korporatismus« der Christdemokraten »dieses Ziel durch repressiven Ausschluß der Forderungen der organisierten Arbeiterbewegung aus der staatlichen Politikfindung und vermittels rechtlich-institutioneller Verpflichtungsmaßnahmen durchsetzen will« (1980, S. 46). Diese Gegenüberstellung führt zum Widerspruch: bei den Christdemokraten müßte »Einbindung in die staatlichen Entscheidungs- und Implementierungsstrukturen« durch Ausschluß politischer Forderungen »aus der staatlichen Politikfindung« vorliegen (vgl. S. 49); *Einschluß durch Ausschluß*, ein theoretisches Unding. Wenn institutionalisierte Entscheidungskompetenz und der Zwang, sich Entscheidungen zu beugen, gleichviel gelten, weil beidemale jemand in etwas »eingebunden« wird, was ist damit gewonnen?

## Literatur

- Bauer 1970: Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Sandkühler/de la Vega, Austromarxismus. Texte zu 'Ideologie und Klassenkampf', Frankfurt/Main/Wien, S. 79-97
- Esser/Fach/Simonis 1980: Grenzprobleme des 'Modells Deutschland', in: PROKLA 40, S. 40-63
- Foucault 1977: Sexualität und Wahrheit, Bd. 1, Der Wille zum Wissen, Frankfurt/Main
- Geißler 1979: Verbände und neue soziale Frage, in: Alemann/Heintze (Hrsg.), Verbände und Staat, Opladen, S. 180-186
- Gramsci 1955: Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens, Berlin/DDR
- ders. 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl (Hrsg. Riechers), Frankfurt/Main
- Hauff/Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Köln/Frankfurt/Main
- Hirsch 1976: Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 8/9, S. 99-149
- Hübner/Moraal 1980: Zwischen Verbändegesetz und Konzentrierter Aktion, in PROKLA 38, S. 41-62
- Jäger 1980a: Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland (Argument-Sonderband 51), S. 110-122
- ders. 1980b: Die Grünen -- eine neue Partei »neuen Typs«? in: Sozialliberalismus ..., a.a.O., S. 166-181
- Kastendieck 1980: Neokorporatismus? Thesen und Analyse-Konzepte, in: PROKLA 38, S. 81-106
- Lohmann 1980: Nochmal zur Funktionsweise der 5-Prozentklausel, in: PROKLA 40, S. 150-158
- Narr/Offe 1976: Was heißt hier Strukturpolitik? Neokorporatismus als Rettung aus der Krise? in: Technologie und Politik 6, S. 5-26
- Neuning 1979: Die siamisischen Zwillinge. Merkmale österreichischer Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/79, S. 454-466 und 9/79 S. 539-551
- Pestel u. a. 1978: Das Deutschland-Modell. Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Stuttgart
- Poulantzas 1978: Staatstheorie, Hamburg
- ders. 1979: »Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!« Interview, in: PROKLA 37, S. 127-140
- Salvati/Brosio 1980: Politik und Markt in der Krise, in: PROKLA 38, S. 107-136
- Vetter 1979: Vom »Gewerkschaftsstaat« zum Verbändegesetz, in: Alemann/Heintze (Hrsg.), a.a.O., S. 205-213
- Wassenberg 1978a: Creeping Corporatism: A Cuckoo's Policy, Papier für den ECPR-Workshop über »Corporatism in Liberal Democracies«, Grenoble
- ders. 1978b: The Researchability of Corporatism, Papier für den 9. Weltkongress der Soziologie, Uppsala
- Spohn 1980: Problemaufriß zum Projekt »Sozialistische Konferenz«, in: Sozialistische Konferenz Rundbrief Nr. 1, S. 5-6